Heute unter anderem zu folgenden Themen: Vorschlag für das nächste G20-Treffen; Kinder an der Macht; Rechnungshof kritisiert Ein-Euro-Jobs; Regierung reagiert; Sauerei im Schlachthof; Immer mehr Kinder leben in SGB II-Bedarfsgemeinschaften; US-Finanzkrise: Nation der Ahnungslosen; Millionen Privatversicherten droht Beitragssprung; Stuttgart 21; attac-Kritik an "European Banker of the Year"; systematische Rechtsbrüchen zur Durchsetzung des Castortransports; Steinbrück gegen Ausschluss von Sarrazin aus der SPD; Wissenschaftsrat für mehr Differenzierung der Hochschulen; Geschäftsmodell Schule; Wettbewerb fördert soziale Spaltung; Neues aus der Anstalt. (KR/WL)

Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante aktuelle Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen. Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Das Kapital: Ein kleiner Vorschlag für das nächste G20-Treffen
2. Kein Waffenstillstand im Währungskrieg
3. Zu Irland: Kinder an der Macht
4. Hartz IV: Rechnungshof giftet gegen Ein-Euro-Jobs
5. Regierung stellt Ein-Euro-Jobs in Frage
6. Sauerei im Schlachthof
7. Immer mehr Kinder leben in SGB II-Bedarfsgemeinschaften
8. US-Finanzkrise: Nation der Ahnungslosen
9. Millionen Privatversicherten droht Beitragssprung
10. Stuttgart 21
11. attac-Protest gegen Ehrung Ackermanns als "European Banker of the Year"
12. RAV fordert Konsequenzen aus systematischen Rechtsbrüchen zur Durchsetzung des Castortransports
13. Steinbrück: „Ich bin gegen den Ausschluss von Sarrazin aus der SPD"
14. Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem deutschen Hochschulsystem mehr Mut zur Differenzierung
15. Geschäftsmodell Schule: Der Weg in die Klassengesellschaft
16. Wettbewerb fördert die soziale Spaltung
17. Neues aus der Anstalt

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Das Kapital: Ein kleiner Vorschlag für das nächste G20-Treffen**

Die Staaten brauchen Geld, teilweise viel Geld, wenn sie investieren und das Schicksal der Europeripherieländer abwenden wollen. Hingegen investieren die Unternehmen kaum, obwohl sie Geld wie Heu verdienen. Da könnte man fast auf eine ketzerische Idee kommen.
Länder wie Deutschland haben es auch mit deutlich höheren Firmensteuersätzen zu erheblichem Wohlstand gebracht. Und falls (!) höhere Steuern die Übernahmetätigkeit der Firmen und damit die Oligopolisierung der Wirtschaft bremsen sollten, umso besser.
Keynesianer könnten einwenden, dass alles zu unterlassen sei, was die aggregierte Nachfrage dämpft. Bloß haben Kindergärtnerinnen, Krankenschwestern und Bauarbeiter wohl eine größere Konsumneigung als Großdividendenempfänger. Aus verteilungspolitischer Sicht könnte eine Anhebung der Steuersätze auf Firmengewinne (und auf höhere Einkommen generell) zudem für eine wieder zunehmende Ausgewogenheit sorgen, nicht zuletzt in den Schwellenländern. Natürlich ist das alles leichter gesagt als getan. Komisch scheint es angesichts der Lage indes, dass die Vor- und Nachteile von höheren Firmensteuersätzen nicht mal diskutiert werden.
Quelle: FTD

2. **Kein Waffenstillstand im Währungskrieg**
   Die weitverbreitete Angst vor einem Abwertungswettlauf ist unbegründet. Im Gegenteil: Der Kampf um die billigste Währung wird den weltweiten Aufschwung.
   Seit Wochen geistert die Angst vor einem Währungskrieg durch die Medien. Mit martialischer Rhetorik warnen Politiker und Ökonomen vor Zuständen wie Anfang der 30er-Jahre, vor einer Abwärtsspirale der Weltwirtschaft. Sie befürchten, die Staaten beziehungsweise Währungsräume könnten in einen Abwertungswettlauf eintreten, bei dem jeder versucht, seine Währung gegenüber den anderen Währungen zu verbilligen, um so die Exporte anzuregen und die Importe zu verteuern.
   Reagieren die anderen Volkswirtschaften auf die Aufwertung ihrer Währung, weil sie selbst ebenfalls eine Verbesserung ihrer Handelsbilanz erzielen wollen, beginnt der Abwertungswettlauf. Die Bank of England und die Europäische Zentralbank (EZB) würden dann ihrerseits die Geldmenge durch den Kauf von Staatsanleihen und anderen lang laufenden Anleihen deutlich erhöhen, um so eine Abwertung zu erwirken.
   Im Endeffekt wertet dabei keine der beteiligten Währungen gegenüber den anderen am Wettlauf beteiligten Währungen ab, lediglich die langfristigen Zinsen fallen noch weiter und die Geldmenge wird deutlich erhöht. Dies wirkt sowohl nach historischer Erfahrung als auch nach Lehrbuchtheorie expansiv, im schlechtesten Fall ist der Einfluss auf das reale Bruttoinlandsprodukt gering, und es steigt in erster Linie die Inflation. Angesichts der weiterhin hohen Unterauslastung der Kapazitäten und hoher

Arbeitslosigkeit in den meisten Industrieländern ist diese Gefahr derzeit jedoch gering.
Quelle: FTD

3. **Zu Irland: Kinder an der Macht**
   Den Märkten ist nicht zu trauen. Anleger sind vom Herdentrieb geprägt und rufen in der Krise nach Vater Staat. Europas Regierungen müssen nun die Spekulationen hemmen und Irland helfen…
   Die Deutschen sollten von ihrem Wunsch nach einer geordneten Insolvenz für Euro-Staaten Abschied nehmen. Sie müssen erkennen, dass eine Währung ohne Transfer-Union der Realität nicht standhält. Und da Deutschland mit 1,3 Billionen Euro der größter Gläubiger aller Euro-Staaten ist, liegt die Transferunion, also eine gemeinsame Steuer- und Finanzpolitik, voll im nationalen Interesse.
   Quelle: FR
4. **Hartz IV: Rechnungshof giftet gegen Ein-Euro-Jobs**
   Gravierende Mängel im Hartz-IV-System: Staatlich geförderte Beschäftigung hilft Hartz-IV-Empfängern kaum, gefährdet aber andere Anstellungsverhältnisse – weil die Jobcenter nicht ausreichend prüfen.
   Quelle: SZ

   Anmerkung KR: *Wie mag der durchaus sachliche Artikel bloß zu einer so krawalligen Überschrift gekommen sein?*

5. **Regierung stellt Ein-Euro-Jobs in Frage**
   Die Bundesregierung stellt fünf Jahre nach der Hartz-Reform die umstrittenen Ein-Euro-Jobs für Langzeitarbeitslose in Frage. Das Arbeitsministerium kündigte an, den staatlich geförderten Beschäftigungssektor 2011 genauso wie die anderen arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu überprüfen. “Wir planen eine Neuordnung zum 1. Januar 2012”, sagte eine Sprecherin des Ministeriums.
   Quelle: SZ

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Wohlfeile Worte, die vor allem an der Wirklichkeit der Sparbemühungen der Kommunen vorbeigehen. Für die Kommunen ist es äußerst attraktiv sich teure Stellen zu sparen und die Tätigkeit von Langzeitarbeitslosen erledigen zu lassen (was natürlich verboten ist). Dabei wird in der Presse immer wieder darauf abgestellt, dass nichtgeförderten Unternehmen Konkurrenz gemacht werde. Es geht aber auch um Einzelschicksale. Da wird eine zeitlich befristete Bibliothekarsstelle einfach nicht verlängert und eine arbeitslose Pädagogin auf diese Stelle gesetzt usw. Die Regierung bzw. das Arbeitsministerium weiß um die Kritik an der Handhabung der ein Euro Jobs bestens Bescheid. Es ist kaum anzunehmen, dass ihr Informationsstand unter demjenigen der NachDenkSeiten steht, die laufend auf die*

frühere Kritik des Bundesrechnungshofes oder auf Studien zum Beispiel des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) verwiesen haben, wonach das Instrument der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (amtsdeutsch für Ein-Euro-Jobs) reguläre Beschäftigung in nicht zu vernachlässigendem Umfang ersetze.

6. **Sauerei im Schlachthof**
   Deutschland wird zum Metzger Europas: Es gibt in der hiesigen Fleischindustrie keinen Mindestlohn, die Fleischer schuften teilweise für fünf Euro die Stunde. Die Nachbarländer sind empört – dort verschwinden die Arbeitsplätze.
   Weil die Rufe der Gewerkschaft nach einem Mindestlohn in der deutschen Fleischindustrie seit Jahren ungehört bleiben, vernichtet das billige Fleisch aus deutschen Landen inzwischen anderswo Arbeitsplätze. Die Gewerkschaften in Frankreich, Dänemark und Belgien sind alarmiert. In Frankreich gilt für Schlachter eine Lohnuntergrenze von 8,86 Euro. Werkverträge in Schlachtbetrieben sind dort verpönt. Die französische Fleischindustrie hat deshalb eine Vereinigung gegen Sozialdumping gegründet und die Europäische Kommission aufgefordert, Deutschland zu zwingen, einen Mindestlohn einzuführen.
   Die Dänen schicken inzwischen selbst gezüchtete Schweine zum Töten und Zerlegen über die Grenze nach Deutschland. In Dänemark verloren 2009 etwa 3000 Mitarbeiter in Schlachthöfen ihren Job. Sie hatten tariflich gesicherte Stundenlöhne von 20 Euro erhalten. Im Gegenzug hat der Branchenriese Danish Crown einen Schlachthof in Essen mit 1200 Mitarbeitern übernommen. Allerdings kommen nach Angaben der NGG davon etwa 1000 Billiglohn-Schlachter über Werkverträge aus Osteuropa.
   Quelle: SZ

   Anmerkung WL: *Ein Beispiel unter vielen, wie Deutschland durch Lohndumping Arbeitsplätze in den Nachbarländern vernichtet.*

7. **Immer mehr Kinder leben in SGB II-Bedarfsgemeinschaften**
   Im Juni 2010 lebten in der Bundesrepublik Deutschland 1,752 Millionen Kinder im Alter von unter 15 Jahren bzw. 15,9 Prozent aller Kinder im entsprechenden Alter in sog. SGB II -Bedarfsgemeinschaften, 1,2 Prozent (22.000) mehr als ein Jahr zuvor.
   Ein Vergleich der Juni-Juni-Veränderungsraten in den vergangenen Jahren zeigt: Die bei weitem stärkste positive Veränderung der Zahl der gemäß SGB II (Hartz IV) hilfebedürftigen Kinder wurde in 14 der 16 Länder zwischen Juni 2008 und Juni 2009 ermittelt.
   Die naheliegende Erklärung: die Neuregelung des Kinderzuschlags zum 1. Oktober 2008 (§ 6a Bundeskindergeldgesetz).
   Der Anteil der Kinder im Alter im Alter von unter 15 Jahren (Kinder: hier immer unter

15 Jahre), deren Mütter und/oder Väter auf Arbeitslosengeld II angewiesen waren, reichen im Juni 2010 in den Ländern von 35,7 Prozent (35,7 von 100 oder 357 von 1.000 Kindern) in Berlin und 30,9 Prozent in Bremen bis 9,0 Prozent in Baden-Württemberg und 7,8 Prozent in Bayern …
Quelle: Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugend berufshilfe e.V. (BIAJ) [PDF – 193 KB]

8. **US-Finanzkrise: Nation der Ahnungslosen**
Das "finanzielle Analphabetentum" in den USA ist alarmierend, stellt eine Studie fest. Dieses tiefgehende Unverständnis im Volk und bei Politikern ist einer der Hauptgründe dafür, dass die Krise so tief und dauerhaft wurde. Washington schert sich darum wenig – alles soll beim Alten bleiben.
Quelle: SPIEGEL

Anmerkung KR: *Von Marc Pitzke sind wir eigentlich Besseres gewohnt: „Je weniger die Leute über etwas Bescheid wissen, desto übertrieben selbstsicher sind sie. Es ist eine perfekte Erklärung für die Finanzkrise." Das ist wohl eher ein perfektes Beispiel für die Entschlossenheit des SPIEGEL, die Ursachen der Finanzkrise nicht verstehen und offenlegen zu wollen. Wenn der Spekulation Tür und Tor geöffnet und der Verkauf windiger Finanzprodukte hoch bezahlt wird, werden sich immer Käufer finden.*

9. **Millionen Privatversicherten droht Beitragssprung**
Neues Jahr, altes Problem: Fast alle privaten Krankenkassen erhöhen zum 1. Januar ihre Beiträge. Das ist das Ergebnis einer Umfrage von SPIEGEL ONLINE. Das Ergebnis der Umfrage besteht aus einem guten, einem schlechten und einem extrem unschönen Teil. Zuerst die positive Nachricht: Die Beiträge steigen zum 1. Januar 2011 bei fast allen Unternehmen weniger stark an als zu Jahresbeginn. Allerdings, und das ist für fast alle Privatpatienten die schlechte Nachricht, kommt auch im kommenden Jahr fast kein Anbieter ohne höhere Beiträge aus. Trotz der deutlichen Prämienanpassung Anfang 2010.
Die Höhe des Zuschlags unterscheidet sich je nach Assekuranz deutlich: von Mini-Werten um die 0,5 Prozent bis zu saftigen sieben Prozent. Weil es sich dabei nur um Durchschnittswerte handelt, ist absehbar, dass es in vielen Tarifen erneut zweistellige Anpassungen nach oben geben wird.
Langzeitstudien zeigen, dass die Prämien der privaten Anbieter im Schnitt um sechs Prozent pro Jahr zulegen. Für gesetzlich Versicherte, die über der Pflichtgrenze von derzeit 49.950 Euro im Jahr verdienten, lag das Plus nur bei gut vier Prozent. Bei Normalverdienern war die Kostensteigerung noch geringer. Würde die Beitragsdynamik in der privaten Krankenversicherung anhalten, wäre die First-Class-

Absicherung bald selbst für Gutverdiener kaum noch zu bezahlen. Ein heute 30-Jähriger, der 4500 Euro brutto im Monat hat und 300 Euro Prämie für seine private Krankenversicherung zahlt, müsste bei einer jährlichen Anpassung um sechs Prozent mit 65 Jahren fast 2200 Euro Beitrag zahlen. Pro Monat wohlgemerkt. Das ist deutlich mehr, als er an staatlicher Rente erwarten kann. Jeder Privatversicherte sollte sich dieser Zahlen bewusst sein – auch wenn er in diesem Jahr vermeintlich beruhigende Weihnachtspost bekommt. Und jeder gesetzlich Versicherte, der Schwarz-Gelb für den erleichterten Wechsel zur privaten Konkurrenz dankbar ist, sollte diese Rechnungen ebenfalls bedenken. Auch wenn die Versicherungsmakler und Unternehmen das Gegenteil suggerieren.
Quelle: SPIEGEL

10. **Stuttgart 21**
    a. **Neues Gutachten zu S 21 Finanzierung verfassungswidrig?**
    Die Finanzierung des umstrittenen Bahnprojekts Stuttgart-Ulm durch das Land verstößt nach einem neuen Gutachten der Grünen gegen die Verfassung. Sowohl der Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs als auch die ICE-Trasse nach Ulm sind demnach ausschließlich Bundesaufgaben. Baden-Württemberg habe gar nicht das Recht, das Projekt mitzufinanzieren, betonte der Verfassungsrechtler Professor Hans Meyer von der Berliner Humboldt- Universität am Montag in Stuttgart.
    Nach Angaben von Meyer hat das Grundgesetz die Co-Finanzierung von Bahn- oder Autobahnprojekten durch das Land verboten, damit sich reiche Bundesländer keine Bundesinvestitionen kaufen können.
    Quelle: Stuttgarter Zeitung
    b. **Missverständliche Äußerungen**
    Das Bundesverkehrsministerium hat eingeräumt, sich über die Bewertung des Bundesrechnungshofs zum Bahnprojekt Stuttgart 21 missverständlich geäußert zu haben.
    Der Rechnungshof hatte in einem Schreiben betont, anders als von der Regierung behauptet, habe er nie sein Einvernehmen zu den Finanzierungsverträgen für den Umbau des Stuttgarter Kopfbahnhofs in eine unterirdische Durchgangsstation und die ICE-Neubaustrecke nach Ulm erklärt. Ramsauers Sprecher sagte am Montag in Berlin, bei den Finanzierungsverträgen an sich bedürfe es gar keines Einvernehmens mit dem Bundesrechnungshof, „da er da keine Zuständigkeit hat“. Ihr Okay habe die Kontrollbehörde hingegen – unter Auflagen – für sogenannte Antrags- und Verwendungsprüfungen bei dem Projekt gegeben. Zu den Auflagen gehören eine ordnungsgemäße Vergabe von Aufträgen und aktualisierte Kostenschätzungen. „Die Auflagen des

Bundesrechnungshofs werden sehr ernst genommen und dem wird auch nachgegangen“, betonte der Sprecher.
Das Verkehrsministerium hatte Medienberichten zufolge für den Bundestag zur Entwicklung der Kosten bei Stuttgart 21 geschrieben: „Die Einzelfinanzierungsvereinbarungen zu beiden Vorhaben wurden im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesrechnungshof zwischen Bund und Deutscher Bahn am 2. April 2009 unterzeichnet.“ Der Bundesrechnungshof hatte diese Darstellung in einem Schreiben vehement zurückgewiesen und Ramsauer Falschaussagen vorgeworfen. Die Kontrolleure haben nach eigenen Angaben nie ihr Einvernehmen zu den Finanzierungsverträgen zu Stuttgart 21 und zur ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm erklärt.
Quelle: Stuttgarter Nachrichten

11. **attac-Protest gegen Ehrung Ackermanns als “European Banker of the Year”**
Bei einer satirischen Preisverleihung hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac Josef Ackermann am Montagabend in Frankfurt am Main als “European W.A.N.K.E.R. of the Year” (Wiederholt Aufgefallener Neoliberaler Krisenverschärfender Einflussnehmer auf die Regierung) gewürdigt. Mit dem gespielten Festakt vor dem Congress Center protestierte Attac gegen die zeitgleiche Verleihung des Titels “European Banker of the Year 2009” an den Deutsche-Bank-Chef im Inneren des Gebäudes.
“Wir haben in Herrn Ackermann einen würdigen Preisträger als W.A.N.K.E.R of the Year gefunden. Sein persönliches Engagement treibt die systemischen Fehler im Banken- und Finanzsystem zu höchster Blüte und offenbart drastisch die Folgen fehlender demokratischer Kontrolle”, sagte Attac-Laudator Mike Nagler.
So sei es dem Geehrten vorbildlich gelungen, die Regierungen Schröder und Merkel im Interesse der Finanzlobby zu beeinflussen. “Josef Ackermann ist ein übermächtiger Politiker ohne jede demokratische Legitimation”, stellte Mike Nagler fest. Der Deutsche-Bank-Chef sei auch maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Verursacher der Krise aus der Verantwortung genommen und stattdessen die Kosten der Bankenrettung auf den Staat abgewälzt wurden.
Dass die Deutsche Bank massiv von den Rettungen anderer Banken profitierte, Ackermann gleichzeitig aber den Eindruck erwecken konnte, sein Institut gehöre nicht zu den Nutznießern der von ihm selbst mitgestalteten Maßnahmen, sei ein weiteres Verdienst. Auch die skrupellose Vorreiterrolle der Deutschen Bank bei der Etablierung neuer riskanter Finanzprodukte und die konsequente Nutzung aller Möglichkeiten von Schattenfinanzplätzen rechtfertige Ackermanns Nominierung als W.A.N.K.E.R of the Year.

Dazu komme, dass die Deutsche Bank auf nahezu jeder Negativliste über ethisch bedenkliches Investment einen Spitzenrang einnehme. Ob Rüstungsindustrie, Atomtechnologie oder Rohstoffausbeutung in den Ländern des Südens – die Deutsche Bank sei immer vorne dabei. Das gelte selbst für die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Der Laudator: "Wird in armen Ländern gehungert, klingeln hier die Kassen. Würdiger als Herr Ackermann kann man sich des Titels W.A.N.K.E.R. of the Year kaum erweisen!"
Der Preis "European Banker oft he Year" wurde Ackermann von der so genannten "Group of 20 + 1" verliehen, die sich aus internationalen Finanz- und Wirtschaftsjournalisten in Frankfurt zusammensetzt.
Quelle: attac [PDF – 82 KB]

12. **RAV fordert Konsequenzen aus systematischen Rechtsbrüchen zur Durchsetzung des Castortransports**
Nach den Beobachtungen des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV) kam es während des Castortransports zu systematischen Verletzungen der Rechte auf Versammlungsfreiheit und auf der körperlichen Unversehrtheit der Demonstrant/innen sowie weiterer Grundrechte. „Die vielfach zitierte Überforderung einzelner Beamter kann dafür nicht als Begründung herhalten", bilanziert Rechtsanwalt Martin Lemke, stellvertretender Vorsitzender des RAV.
Quelle: RAV [PDF – 66 KB]
13. **Steinbrück: „Ich bin gegen den Ausschluss von Sarrazin aus der SPD"**
Wir haben zugelassen, dass Millionen Menschen geringer Qualifikation direkt in die Sozialsysteme einwanderten und vom Staat – also der Solidargemeinschaft – unterstützt wurden. Zuwanderer mit vielen Kindern können – ebenso wie Deutsche – über Sozialleistungen ein Familieneinkommen erzielen, das nahe oder sogar über dem Erwerbseinkommen eines arbeitenden Bürgers liegt. Das schafft eine gefährliche Schieflage…
Abgesehen von den letzten Kapiteln kann man weiten Teilen von Sarrazins Analyse kaum widersprechen …
Ich bin gegen einen Parteiausschluss. Die SPD vermittelt dadurch dem breiten Publikum den falschen Eindruck, sie wolle die Debatte loswerden.
Quelle: Bild.de

Anmerkung WL: *Von welchen Einwanderern direkt in die Sozialsysteme spricht Steinbrück eigentlich? Wurden nicht Ausländer geradezu angeworben für Jobs am Fließband oder bei der Abfallbeseitigung, für die in Zeiten relativer Vollbeschäftigung keine „deutschen" Arbeitskräfte mehr zur Verfügung standen? Erst nachdem solche Arbeitplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen wegrationalisiert worden sind*

bzw. durch das Lohndumping (mittels Hartz IV) solche Niedriglohnarbeitsplätze auch für deutsche Arbeitnehmer „attraktiv“ gemacht wurden, sind viele Einwanderer aus diesen Arbeitsplätzen verdrängt und arbeitslos geworden.
Wie Sarrazin und andere wärmt Steinbrück auch wieder die Legende auf, dass Zuwanderer mit vielen Kindern mehr Sozialleistungen beziehen als arbeitende Bürger Erwerbseinkommen.
Dieser bösartigen Agitation sollte man immer wieder die Tatsache entgegenhalten, dass wer arbeitet immer ein höheres Einkommen hat als derjenige, der nicht arbeitet, und zwar durch das „Aufstocken“ und durch den anrechnungsfreien Hinzuverdienst [PDF – 178 KB]. Auch solche Haushalte mit Niedrigsteinkommen können Wohngeld oder einen Kinderzuschlag beantragen.
Nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ist selbst bei niedrigsten Stundenlöhnen von unter sechs Euro ein Abstand zu Hartz IV gegeben – je nach Haushaltstyp zwischen 260 und 900 Euro.
Wer hat eigentlich die Verantwortung dafür, dass immer mehr Arbeitnehmer „aufstocken“ müssen, wer hat dem Niedriglohnsektor Tür und Tor geöffnet, wer hat Mindestlöhne verhindert?
Saß Steinbrück dabei nicht immer am Kabinettstisch?

14. **Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem deutschen Hochschulsystem mehr Mut zur Differenzierung**
Wir machen den Vorschlag, an der einen oder anderen Stelle institutionelle Erfahrungen mit Experimenten zu sammeln. Und eine Professional School ist ein solches institutionelles Modell, mit dem Erfahrungen sammeln kann. Ziemlich viele private Fachhochschulen im Bereich der Betriebswirtschaftslehre sind de facto solche Professional Schools, man könnte sich fragen, ob man so etwas nicht auch im Rahmen einer staatlichen Universität betreibt. Und auch mit dem Typus des Liberal Arts College, wo man einen Bachelor macht, indem man Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften und Geisteswissenschaften so studiert, dass man von allem etwas mitbekommt, also so, dass man eine spezialisierte Studienfachwahl nicht an den Eingang des Bachelor-Studiums, sondern an den Ausgang aus dem Bachelor-Studium, nämlich den Übergang in das Master-Studium legt, das wäre ein solches Modell, das man erproben kann und mit dem Erfahrungen zu sammeln sich lohnt und das den Alternativenreichtum, die Möglichkeiten, Entscheidungen zu treffen, für die, die im Hochschulsystem sind, das diesen Alternativenreichtum vergrößern würde.
Quelle: DLF

Anmerkung WL: *Statt den tertiären Bildungsbereich differenziert, durchlässig und*

gleichwertig zu gestalten, soll nun offenbar auch im Hochschulbereich wie in der Schule nicht intern, sondern extern differenziert werden.
Es ist ja nicht zu bestreiten, dass das Hochschulsystem sowohl aufgrund unterschiedlicher Bildungsvoraussetzungen oder unterschiedlicher Erwartungen der Studierenden und nicht zuletzt auch aufgrund der sich verändernden Anforderungen des Arbeitsmarkts differenziertere Antworten geben muss. Aber warum sollte das in unterschiedlichen Institutionen geschehen. Institutionelle Differenzierung bedeutet in Deutschland in aller Regel Abschottung, die Verhinderung von Durchlässigkeit und vor allem auch Hierarchisierung. Trotz jahrelanger Bemühungen ist es in Deutschland nicht einmal gelungen, die Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten zu erreichen. Es ist auch nicht gelungen die Gleichwertigkeit der Hochschulen zu etablieren.
Warum den Aufwand, neue Institutionen einzurichten, mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand und neuen gegenseitigen Abwehrkämpfen, statt innerhalb der vorhandenen Hochschulen zu differenzieren?
Das Ganze scheint mir der weitere (zum Scheitern verurteilte) Versuch zu sein, die Studierendenströme von den Universitäten weg zu lenken. Das hat bei den Fachhochschulen schon nicht geklappt (nie wurden die angestrebten 40% aller Studierenden erreicht) und wird mit zusätzlichen Institutionen im tertiären Bereich genau so wenig klappen.

15. **Geschäftsmodell Schule: Der Weg in die Klassengesellschaft**
    Unterfinanzierte öffentliche Schulen sorgen für das Wachstum von Privatschulen. 1995 gab es bundesweit 2116 allgemeinbildende Schulen in freier Trägerschaft. 2008 waren es bereits 3057. Damit besuchten 8,8 Prozent aller Mädchen und Jungen eine Privatschule. Weit höher ist der Anteil bei den berufsbildenden Schülern. Im Jahr 2008 lernten 21,8 Prozent aller Berufsschüler an einer privaten Einrichtung.
    Quelle: Hans-Böckler-Stiftung
16. **Wettbewerb fördert die soziale Spaltung**
    Bildungsökonom Manfred Weiß über erhoffte Wirkungen und ungute Nebenwirkungen des Wettbewerbs von Schulen.
    Quelle: Hans-Böckler-Stiftung
17. **Neues aus der Anstalt**
    Urban Priol und Erwin Pelzig begeben sich auch im November auf ihre satirische Monatsvisite. Zur Kurztherapie werden in die Anstalt “eingeliefert”: Jochen Malmsheimer, Hagen Rether und Rainald Grebe.
    Dienstag, 16. November um 22:15 im ZDF
    Quelle: Neues aus der Anstalt – ZDF.de